

Von «ungleichen Gleichen» und «gleichen Ungleichen»

Eine didaktische Rekonstruktion der Vorstellungen von zehn- bis zwölfjährigen Schülerinnen und Schülern zu Politik und politischen Konflikten

Michel Dängeli

Zusammenfassung

Die in diesem Artikel vorgestellte Studie (Dängeli, 2026) interessiert sich für Schülerinnen- und Schülervorstellungen zu Politik und politischen Konflikten, versucht diese empirisch begründet sowie mit Bezug auf politische Theorie zu rekonstruieren und strebt didaktisch motiviert danach, Leitlinien einer politischen Bildung in der Primarstufe zu bezeichnen.

Einleitung

Allgemein kann Bildung als ein Prozess beschrieben werden, in dem sich eine Person selbstreflexiv mit ihrem Verhältnis zur Welt, zu Anderen und zu sich selbst auseinandersetzt (Marotzki, 1990). Diese definitorische Grundlegung trifft auch auf die politische Bildung zu, welche spezifisch auf das politische Bewusstsein ausgerichtet ist, d.h. sie fokussiert auf jenen Sinn, der den Einzelnen eine Interpretation der politisch-gesellschaftlichen Wirklichkeit sowie deren handelnde Beeinflussung ermöglicht. Politisches Bewusstsein stellt somit den zentralen Gegenstand einer Didaktik der politischen Bildung dar, umfasst subjektive Welt-, Sozial- und Selbstverhältnisse und lässt sich aus lehr-lerntheoretischer Perspektive in Form mentaler Modelle beschreiben.



Dr. Michel Dängeli

Dozent im Bereich Sachunterricht bzw. Natur Mensch Gesellschaft (NMG)
an der Pädagogischen Hochschule Bern am Institut Primarstufe

Politisches Bewusstsein kann somit als Ergebnis subjektiver Erfahrungen in Sozialisations- und Enkulturationsprozessen aufgefasst werden, wobei im Zusammenhang mit rekonstruktiver, didaktischer Forschung das Bewusstsein an sich nicht näher essentialistisch bestimmt werden muss, sondern vielmehr funktional in den Blick zu nehmen ist. Im Fokus steht die Frage, wie sich politisches Bewusstsein von Schülerinnen und Schülern präsentiert, wenn sich diese in aufgabenförmig strukturierten Performanzsituationen mit Politik auseinandersetzen. Von Interesse sind folglich Begriffe, Konzepte, Sinnbilder und subjektive Theorien der Schülerinnen und Schüler, welche diese zur Beschreibung und Erklärung politisch-gesellschaftlicher Wirklichkeit nutzen (Lange, 2008, S. 437). Im Vordergrund der Studie steht dabei das Sinnbild *«Herrschaftslegitimation»*, das Vorstellungen davon umfasst, wie Einzelne und Gruppen politisch partizipieren können, wie sich partielle Interessen in allgemein verbindliche Gesetze transformieren lassen, wie Macht ausgeübt sowie Konflikte reguliert werden (ebd.). Hierbei ist festzuhalten, dass insbesondere zu politischen Konfliktvorstellungen von Primarschülerinnen und -schülern bis anhin nur sehr spärliche empirische Kenntnisse vorliegen. Dieser Befund erstaunt umso mehr, als dass die Bildungsrelevanz des politisch Konflikthaften längst in Bildungsplänen und der Didaktik des Sachunterrichts Eingang gefunden hat. So wird etwa im Perspektivrahmen des Sachunterrichts das Ziel einer sozialwissenschaftlichen Perspektive dahingehend beschrieben, dass politische Bildung im Sachunterricht Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern für das Zusammenleben in der Demokratie zu fördern habe und diese zu einer aktiven Teilnahme am demokratischen Leben befähigen solle (Gesellschaft für Didaktik des Sachunterrichts, 2013, S. 27). Entsprechend seien in den Themenfeldern des Unterrichts gesellschaftsbezogene Alltagserfahrungen der Schülerinnen und Schüler aufzugreifen, welche sich durch Perspektivität, Kontextualität und Normativität auszeichnen (ebd. S. 29). Der kontroverse, interessegeleitete, situative und wertorientierte Gehalt dieser gesellschaftlichen Phänomene müsse dabei kenntlich gemacht werden, weswegen über die konflikthafte Erscheinung dieser Phänomene in Bildungsprozessen aufzuklären sei (ebd.).

Ausgehend vom hier beschriebenen Desiderat richtet sich das Forschungsinteresse der Studie auf die politischen Konflikt- und Partizipationskonzepte von Schülerinnen und Schülern sowie auf ihre konzeptuellen Vorstellungen, mit denen sie die Ausübung von Macht und die Durchsetzung von Interessen beschreiben, rechtfertigen oder auch kritisieren. Dieses hier dargelegte Forschungsinteresse ist einem konstruktivistischen Paradigma zuzuordnen und verlangt zur Beantwortung seiner Fragestellung sowohl nach empirischen Daten als auch nach einer fachlichen, d.h. politiktheoretischen Klärung des Phänomens des politischen Konfliktes. Die empirische Teilaufgabe der Erfassung von Lernenden-Perspektiven ist dabei mit der hermeneutischen Teilaufgabe der fachlichen Klärung durch ein iteratives Vorgehen verbunden, insofern Fachquellen aus Schülerinnen- und Schülerperspektiven zu befragen sind und fachdisziplinäre Konzepte und Modelle wiederum jenen Fachhorizont bilden, welcher zur Rekonstruktion von Schülerinnen- und Schülervorstellungen unerlässlich ist. Letztlich sind fachwissenschaftlich rekonstruierte Sachstrukturen und empirisch rekonstruierte Vorstellungen unter Berücksichtigung normativer Gesichtspunkte miteinander in Bezug zu setzen, damit eine didaktische Struktur entwickelt